

Peter Filzmaier

Ein unaufhaltbarer Sinkflug? Wahlbeteiligung in Österreich und anderswo

Gestern noch standen wir am Rande des Abgrunds. Heute sind wir einen bedeutenden Schritt weiter. Das Schlagwort der angeblichen Politikverdrossenheit hat die Runde gemacht. Als Beleg dafür wird meistens auf sinkende Wahlbeteiligungsraten verwiesen. Überall in Österreich und Europa bzw. den USA würden immer weniger BürgerInnen an Wahlen teilnehmen. Ist das wirklich so? Wenn ja, was kennzeichnet typische NichtwählerInnen? Was kann man vor allem tun, um eine höhere Wahlbeteiligung zu fördern?

**Schlagwort
Politikverdrossenheit**

Entwicklung der Wahlbeteiligung in Österreich

Die Wahlgänge 2003 bis 2006 in Österreich waren von einer tendenziell sinkenden Wahlbeteiligung gekennzeichnet¹. Nur auf den ersten Blick scheint sich ein dramatischer Einbruch zwischen den beiden jeweils letzten Wahlgängen auf Tirol und Vorarlberg – um fast 20 bzw. mehr als 27 Prozentpunkte – zu beschränken. Die Beteiligung an der EU-Wahl (minus sieben Prozent nach einem Einbruch von fast 20 Prozent von 1996 auf 1999!) muss vor dem Hintergrund von bereits zuvor sehr niedrigen Werten gesehen werden. Der relativ geringe Rückgang bei der Bundespräsidentenwahl 2004 auf 72 Prozent täuscht, weil 1998 das Interesse aufgrund des Amtsinhaberstatus von Thomas Klestil und durch den Verzicht der SPÖ auf einen Gegenkandidaten und damit mangelnde Spannung untypisch gering gewesen war. Im Vergleich zur letzten offenen Wahl mit Kandidaten von ÖVP und SPÖ 1992 ergibt sich ein Minus von 9,3 Prozent. Bis 1986 hatte die Beteiligung stets fast 90 oder mehr Prozent betragen.

**Sinkende
Wahlbeteiligung
2003–2006**

Ähnliches gilt für Salzburg und insbesondere die Steiermark, wo die Wahlbeteiligung 1995 noch 87 Prozent betragen hatte und mittlerweile knapp über oder unter 75 Prozent liegt. In Wien sank die WählerInnenzahl nicht bloß zwischen 2001 und 2005, sondern in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich von Werten über 80 auf 60 Prozent. Der gemäßigte Rückgang der Beteiligung in Kärnten steht weniger mit einem großen politischen Interesse als mit der starken Polarisierung durch den Landeshauptmann Jörg Haider in Zusammenhang. Der Verlust an abgegebenen Stimmen von fast sechs Prozent bei der Nationalratswahl 2006 ist insofern bemerkenswert, als ein sehr knappes Ergebnis als Richtungsentscheidung zu erwarten war. Im Prinzip bleibt lediglich das Burgenland als Wählermarkt mit stabilen Beteiligungsraten.

WAHLBETEILIGUNGSRATEN IN ÖSTERREICH 2003 BIS 2006 IM VERGLEICH

	Wahlbeteiligung jüngste Wahl	Vergleichsgröße Wahl davor	Veränderung in Prozentpunkten
Landtagswahl in Niederösterreich 2003	71,8	72,0 (1998)	-0,2
Landtagswahl in Oberösterreich 2003	78,6	81,0 (1997)	-2,4
Landtagswahl in Tirol 2003	60,9	80,6 (1999)	-19,7
Landtagswahl in Kärnten 2004	78,1	80,5 (1999)	-2,4
Landtagswahl in Salzburg 2004	77,3	74,1 (1999)	+3,2
Bundespräsidentenwahl 2004	71,6	74,4 ('98); 80,9 ('92)	-2,8
Wahlen zum Europäischen Parlament 2004	42,4	49,4 (1999)	-7,0
Landtagswahl in Vorarlberg 2004	60,6	87,8 (1999)	-27,2
Landtagswahl in der Steiermark 2005	76,2	74,6 (2000)	+1,6
Landtagswahl im Burgenland 2005	81,4	82,7 (2001)	-1,3
Landtags- und Gemeinderatswahl in Wien 2005	60,8	66,6 (2001)	-5,8
Nationalratswahl 2006	78,5	84,3 (2002)	-5,8

Angaben in Prozent.

Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben des Bundesministeriums für Inneres und der Landesregierungen.

Vergleicht man die Wahlbeteiligungen der wichtigsten Wahlen zwischen 2003 und 2006 mit der Beteiligung an der jeweils zuvor stattgefundenen Wahl auf Gemeinde-, Landes-, Bundes- und EU-Ebene, wird die sinkende Wahlbeteiligung deutlich. Den größten Rückgang gab es 2004 bei den Landtagswahlen in Vorarlberg: Hatten 1999 noch 87,8 Prozent aller wahlberechtigten VorarlbergerInnen gewählt, waren dies bei den darauf folgenden Wahlen 2004 nur mehr 60,6 Prozent. Ausnahmen bilden hier nur die Landtagswahlen in Salzburg und in der Steiermark, deren Beteiligung im Vergleich zur jeweils vorigen Landtagswahl anstieg.

**Beteiligungs-
raten messen
nicht Demo-
kratiequalität**

Relativierend anzumerken ist, dass Wahlbeteiligungsraten lediglich einer von vielen Indikatoren für politische Beteiligung sind und keinesfalls die Qualität der Demokratie messen. Die Wahlbeteiligung kann durchaus in Konflikt- und Krisensituationen steigen, was selbstverständlich keine positive Entwicklung darstellt. Genauso ist es möglich, dass große Zufriedenheit weniger Menschen zur Stimmabgabe motiviert. Auch ein/e vermeintlich sichere/r WahlsiegerIn und die dadurch fehlende Konkurrenzsituation kann zu weniger WählerInnen führen. Nichtsdestoweniger handelt es sich um ein demokratiepolitisches Warnsignal.

Internationale Vergleichszahlen**Sehr unter-
schiedliche
Wahl-
beteiligung**

Im Vergleich aller Parlamentswahlen auf nationaler Ebene in EU-ropa und den USA 2006 auffallend ist eine sehr unterschiedliche Wahlbeteiligung. Diese schwankte zwischen unter 55 Prozent in der Slowakei und knapp 90 Prozent in Zypern. Während der slowakische, lettische oder österreichische Wert die bisher niedrigste Beteiligung aller Parlamentswahlen bedeutete, war die Zahl der abgegebenen Stimmen in Italien sehr hoch. Mehrheitlich sinkt die Wahlbeteiligung allerdings in EU-ropa stetig. Nur in drei von neun Fällen gab es in Parlamentswahlen EU-ropäischer Länder einen – zum Teil minimalen – WählerInnenzuwachs.

**Euphorie
im Osten
abgeflaut**

Im Langzeitvergleich westeuropäischer Demokratien betrug von 1945 bis nach 1980 die Beteiligungsrate im Durchschnitt 83 Prozent. In den Folgejahren war ein kontinuierlicher WählerInnenchwund feststellbar. In Großbritannien etwa wählten 1987 über 75 Prozent und 2001 unter 60 Prozent das Parlament. In der Bundesrepublik Deutschland waren es 1983 fast 90 Prozent und 2005 78 Prozent. In Frankreich wählten 2007 bei der Präsidentschaftswahl 84 Prozent, jedoch ist der Wert in Parlamentswahlen auf 60 Prozent gesunken. Das war der geringste WählerInnenanteil in der Geschichte der Fünften Republik seit 1958. Eine konstant hohe Wahlbeteiligung besteht lediglich in Belgien, wo es eine mit

(Geld-)Strafen sanktionierte Wahlpflicht gibt. Auch in Osteuropa scheint nach der Transformation zur Demokratie der Euphorieschub politischer Beteiligung im Abflauen begriffen zu sein. Noch dramatischer ist der Rückgang in Wahlen zum Europäischen Parlament: Im Jahr 1979 betrug die Wahlbeteiligung dafür in ganz Europa 63 Prozent, im Jahr 2004 waren es lediglich 46 Prozent und in Polen gar nur 20,7 Prozent.²

Es bestätigt sich als These, dass die Beteiligung nur in Ausnahmefällen großer Konflikte, zu denen das italienische Beispiel zu rechnen ist, steigt und ansonsten bestenfalls auf vergleichsweise niedrigem Niveau stabilisierbar ist. Der Vergleich zeigt für Österreich daher, dass nicht 78 Prozent Beteiligung ein Dilemma darstellen – das war 2006 europaweit der vierte Platz –, sondern die negative Tendenz.

Auf niedrigem Niveau stabilisierbar

In den USA betrug die Beteiligung der rund 210 Millionen wahlberechtigten US-AmerikanerInnen in der Präsidentschaftswahl 2004 etwa 60 Prozent und bei den Kongresswahlen 2006 43 Prozent. Im historischen Vergleich sind in den Zwischenwahlen für den Kongress, d.h. ohne eine parallele Wahl des Präsidenten/der Präsidentin, Beteiligungsquoten von unter oder bloß knapp über 35 Prozent kein Einzelfall.

Für gleichzeitige Kongress- und Präsidentschaftswahlen stellen im selben Zeitraum von 1948 bis 2000 60,9 Prozent im Jahr 1968 den Höchstwert dar. 60,7 Prozent Wahlbeteiligung im Jahr 2004 waren demzufolge als bisher zweithöchster Wert eine historische Spitzenzahl seit dem Zweiten Weltkrieg. Der Anstieg von 6,4 Prozentpunkten bei den Kongress- und Präsidentschaftswahlen 2004 gegenüber 2000 war der größte seit 1952. In Zwischenwahlen, d.h. bei Kongresswahlen ohne gleichzeitiger Präsidentschaftswahl, ist die Beteiligung um bis zu 20 Prozentpunkte geringer und ebenfalls erst zuletzt (2006) wieder angestiegen.

USA: 2004 großes Interesse

PARLAMENTSWAHLEN IN EU-EUROPA UND DEN USA 2006				
Datum	Land	Wahlsystem*	Wahlbeteiligung	+/-**
9. April	Italien	Kombination von Verhältnis- und Mehrheitswahl	83,6	+2,2
4./23. April	Ungarn	Kombination von Verhältnis- und Mehrheitswahl mit zwei Stimmen	67,7	-2,8
21. April	Zypern	Verhältniswahl mit Vorzugsstimme ohne Sperrklausel	89,0	-2,8
2. Juni	Tschechien	Verhältniswahl mit Präferenzstimmen	64,5	+6,5
17. Juni	Slowakei	Verhältniswahl	54,7	-15,3
17. Sept.	Schweden	Verhältniswahl mit Präferenzstimme	82,0	+1,9
1. Okt.	Österreich	Verhältniswahl mit Vorzugsstimme	78,5	-5,8
7. Okt.	Lettland	Verhältniswahl mit Präferenzstimmen	62,3	-9,2
7. Nov.	USA	Mehrheitswahl	43,0	+6,9
22. Nov.	Niederlande	Verhältniswahl mit Präferenzstimmen	80,1	+0,1

Angaben in Prozent bzw. Prozentpunkten.
 * In den meisten Systemen mit Verhältniswahl ist eine Sperr- bzw. Mindestprozentklausel in unterschiedlicher Höhe vorgesehen.
 ** Die Vergleichszahlen beziehen sich auf die jeweils vorangegangene Parlamentswahl im entsprechenden Land.

Quelle: Überarbeitet nach Filzmaier, Peter: Großwetterlage der Parteien in EU-ropa, in: Khol, Andreas u.a. (Hrsg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 2006, Wien 2007, S. 75–91; S. 84–86

Die Wahlbeteiligung bei der österreichischen Nationalratswahl 2006 sank zwar um fast 6 Prozent. Im Vergleich mit den anderen europäischen Parlamentswahlen in diesem Jahr stellt dies die vierthöchste Beteiligung europaweit dar. Die Tabelle zeigt, dass in Europa das Wahlsystem der Verhältniswahl nach dem Listenwahlrecht verbreitet ist. Die Möglichkeit, KandidatInnen (eine) Vorzugs-/Präferenzstimme(n) zu geben, kann diese auf den KandidatInnenlisten an eine höher gereichte Position stellen und die Chancen für den Einzug ins Parlament vergrößern.

NichtwählerInnen als unbekannte Wesen

Typische NichtwählerInnen 2006

Befragungen über Nichtwahlmotive sind problematisch, weil sich diese BürgerInnen selten deklarieren und daher nur eine kleine Stichprobe mit geringer Aussagekraft zustande kommt. In Wahltagsbefragungen sind relativ wenige NichtwählerInnen erreichbar – wer nicht zur Wahl gehen konnte oder wollte, steht ebenso ungern für ein Telefoninterview darüber zur Verfügung –, jedoch Trends erkennbar: Die typischen NichtwählerInnen der Nationalratswahl 2006 waren tendenziell unter 30 Jahre alt, männliche Arbeiter mit Pflichtschulausbildung und aus dem städtischen Bereich. Das deckt sich mit Erkenntnissen aus den Wahlen zum Europäischen Parlament in Österreich 2004, als aufgrund der damals geringen Beteiligung von 42 Prozent in Studien über NichtwählerInnen ausreichend Befragungspersonen gefunden wurden.³

Motive der Verweigerung

Die Motive, nicht zur Wahl zu gehen, sind relativ einfach⁴: Nahezu jede/r zweite NichtwählerIn gab an, aus Frust über das Parteien- und PolitikerInnenangebot nicht teilzunehmen. Es folgen gleichauf persönlich verhindert gewesen zu sein, aus Protest nicht wählen zu gehen sowie kein Interesse für Politik zu haben. Der letztgenannte Wert blieb im Vergleich zur Nationalratswahl 2002 stabil. Etwas überraschend ist, dass nur jede/r zehnte NichtwählerIn der Meinung war, die eigene Stimme hätte keinen Einfluss. Diese knapp 10 Prozent können als verfestigte NichtwählerInnen bezeichnet werden.

NICHTWÄHLER/INNENMOTIVE BEI DER NATIONALRATSWAHL 2006	
Gestützte Motivabfrage	Gesamt
Keine der Parteien und Kandidaten spricht mich an	42
Ich bin persönlich verhindert	17
Ich gehe aus Protest nicht wählen	16
Mich interessiert Politik nicht so sehr	16
Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss auf das, was in Österreich gemacht wird.	9

Angaben in Prozent. n = 250. Aufgrund der kleinen Fallzahl stellten die Werte lediglich Tendenzen dar.

Quelle: OGM – Österreichische Gesellschaft für Marketing/Donau-Universität Krems: Zeit-im-Bild-Wahltagsbefragungen zur Nationalratswahl im Auftrag des ORF, 2006, verfügbar unter <http://www.ogm.at>.

Fast die Hälfte aller NichtwählerInnen blieb 2006 nicht aus Desinteresse der Stimmabgabe fern, sondern weil sie ihre Anliegen von keiner der kandidierenden Parteien umgesetzt sahen. Nur neun Prozent der NichtwählerInnen bei der Nationalratswahl 2006 glaubten, mit ihrer Stimmabgabe keinen Einfluss auf die österreichische Politik zu haben.

In einer nicht tagesaktuell als Wahl- oder Nachwahlbefragung durchgeführten, sondern längerfristigen Studie führt Klaus Poier⁵ in seiner Arbeit über die NichtwählerInnen fünf ausschlaggebende Faktoren an:

Kein Einfluss auf Existenz

1. Politik dient nicht mehr primär dazu, die materielle Existenz der WählerInnen zu sichern. Die Funktion von Politik als Mittel zur Sicherung grundlegender Lebensbedürfnisse von der Wohnung bis zum Arbeitsplatz ist stark zurückgedrängt worden.
2. Die Bevölkerung registriert eine schwindende politische Problemlösungskompetenz. Der Glaube, dass Parteien bzw. der Staat wirtschaftliche und soziale Probleme lösen, ist zurückgegangen.

Medien entzaubern die Politik

3. Die Mediatisierung verstärkt eine Entzauberung der Politik. Einerseits gibt es mehr Informationen als jemals zuvor, andererseits ist damit eine oberflächliche und boulevardeske Sichtweise der Politik entstanden. Die Medienberichterstattung zeigt außerdem mehrheitlich Probleme oder Missstände und seltener Leistungen der Politik.

Demokratie als Selbstverständlichkeit

4. Die subjektiv empfundene BürgerInnenverantwortung hat nachgelassen. Das kann allerdings auch positiv verstanden werden: Die Demokratie gilt als Selbstverständlichkeit, welche nicht mehr durch hohe Wahlbeteiligung legitimiert werden muss.

5. Die Abschaffung der Wahlpflicht wirkt auf einer unterbewussten Ebene, dass eine Beteiligung der BürgerInnen nicht mehr zwingend erforderlich ist. Allerdings wurde bereits vor deren Abschaffung die Nichterfüllung einer Wahlverpflichtung rechtlich nicht geahndet.

Der seit dem Jahr 2000 erfolgte Anstieg der NichtwählerInnen in Österreich hängt darüber hinaus vom Aufstieg und Fall der FPÖ ab. Viele WählerInnen, die in den 1990er-Jahren auf die Freiheitlichen unter Jörg Haider vertraut hatten, waren ab Februar 2000 von der FPÖ-Regierungsbeteiligung, den innerparteilichen Auseinandersetzungen im Zuge des Knittelfelder Parteitreffens (September 2002) sowie der Parteispaltung in FPÖ und BZÖ (April 2005) enttäuscht und bewegten sich – zum Teil auf Umwegen bzw. nach einem Stimmverhalten für die ÖVP oder SPÖ in einzelnen Nationalrats- und Landtagswahlen quasi als Zwischenstopp – tendenziell in das Lager der NichtwählerInnen.⁶

Faktor Aufstieg und Fall der FPÖ

Kampagnetricks und Wahlrecht als Gegenmittel?

Das demokratiepolitische Ziel, eine hohe Wahlbeteiligung anzustreben bzw. wenigstens ein Mindestmaß an Beteiligung zu sichern, steht zwischen den Parteien national und international außer Streit. Hinsichtlich der dafür eingesetzten und überlegten Mittel muss freilich zwischen einer Kampagneorientierung, der Reform des politischen Systems und Initiativen für Politische Bildung unterschieden werden:

Wahlkämpfende Gruppen und KandidatInnen wenden wechselnde Strategien und Taktiken zur WählerInnenmobilisierung an. Dabei geht es nicht um die Qualität der Demokratie, sondern um die Verbesserung der jeweiligen Gewinnchancen. In den USA etwa kommt es zu Wahlpartys, um sich in die WählerInnenlisten einzutragen, gibt es computerisierte *robo calls* am Telefon, großflächige Tür-zu-Tür-Gespräche oder nach Zielgruppen sorgfältig ausgewählte Parteiengeschenke.

Es geht um bessere Gewinnchancen

US-WählerInnen müssen viel mehr als EuropäerInnen damit rechnen, in ihrem Privatleben politisch kontaktiert zu werden. In den genannten Beispielfällen ist mit der Einladung ein geselliges Beisammensein als Höhepunkt der Party das gemeinsame – in den USA mangels Meldepflicht erforderliche – Eintragen in WählerInnenlisten mittels vorgefertigter Formulare verbunden. Am Telefon meldet sich unter Umständen jeden Abend eine automatische Stimme, welche zum Urnengang auffordert. Vor der Haustür stehen mehrfach freiwillige oder bezahlte AktivistInnen der Parteien mit demselben Ansinnen. Am Wahltag wird sogar ein Transport von der Wohnung ins Wahllokal angeboten. Den Hintergrund dafür sowie für motivierende Geschenke bilden Datenbanken mit Detailinformationen über den/die WählerIn, damit möglichst nur SympathisantInnen der jeweils eigenen Partei angesprochen werden.

Kleinere Wahlrechtsreformen gehen davon aus, dass eine Vereinfachung und Modernisierung des Zugangs zu Wahlen zu einer erhöhten Beteiligung führt. Dazu zählen eine auf die Technik gestützte Stimmabgabe im Wahllokal mittels Touchscreen u.a., Briefwahlen, Abstimmen im Internet (*e-voting*) und/oder die Ausweitung der Möglichkeit, die Stimme im Verlauf mehrerer Wochen oder Monate bis zu einem Stichtag abzugeben (*early voting*). Das klassische Stimmzettelsystem (*paper ballot*) wurde in den USA 2004 lediglich in 299 bevölkerungsarmen Wahlbezirken (0,6 Prozent) eingesetzt. Im elektronischen System, das am meisten verbreitet ist, wird durch Drücken eines Knopfes oder Berühren eines Bildschirms (*touchscreen-Verfahren*) der Kandidat/die Kandidatin gewählt. Beim Lochkartensystem (*punch card*) werden mittels Maschine oder Nadel Markierungen in die Stimmzettel gestanzt. Im optischen System (*optical scan*) wird schulischen und universitären

Einfacher Zugang – hohe Beteiligung?

- multiple choice*-Tests vergleichbar für den Kandidaten ein Kreis ausgefüllt. Die Auswertung erfolgt computerisiert. Im Hebelsystem (*lever*) muss für den/die bevorzugten KandidatIn der dem Namen nächstgelegene Hebel einer Maschine bewegt werden.
- Persönlichkeit statt anonyme Parteilisten** Grundsätzlichere Veränderungen betreffen meistens die Einführung von Persönlichkeitselementen im Wahlrecht, um die Distanz zwischen den BürgerInnen und den von ihnen gewählten KandidatInnen zu verringern. Anders gesagt: Wenn für eine konkrete Person anstatt für relativ anonyme Parteilisten gestimmt werden kann, könnte das zu einer höheren Wahlbeteiligung führen. Dahinter steht die Annahme, dass lediglich Direktkontakte mit unmittelbar zu wählenden KandidatInnen BürgerInnen für die Stimmabgabe motivieren.
- Bedeutung des Internets** Parallel dazu versuchen staatliche Organisationen und unabhängige Interessengruppen mit Projekten das Interesse an Politik und Wahlen zu wecken. Besondere Bedeutung kommt dem Internet zu, das eine Chance für einen spielerischen Zugang zu politischen Themen mit gleichzeitig großer Breitenwirkung mit vergleichsweise geringen Kosten bietet.
- Keine eindeutigen Zusammenhänge Wahlsystem/Beteiligung** Eindeutige Zusammenhänge des Wahlsystems mit der Wahlbeteiligung sind allerdings nicht erkennbar. In den USA als Musterbeispiel einer Mehrheitswahl ist die Beteiligung – siehe oben – traditionell gering, im europäischen Paradebeispiel Frankreich erreichte sie bei der Präsidentschaftswahl 2007 rekordverdächtige 84 Prozent. Umgekehrt differieren, wie beschrieben, die Beteiligungsquoten innerhalb der Länder mit dem Verhältniswahlrecht ebenso stark. Die Wahlbeteiligung wird demzufolge auch von Faktoren beeinflusst, die sich der politischen Systemgestaltung und sogar der politischen Bildungsarbeit entziehen: Dazu zählen gesamtgesellschaftliche Entwicklungen, Konflikt- und Krisensituationen bzw. deren Ausbleiben, allgemeine Einstellungen zur Politik, (in-)effiziente Parteistrukturen und nicht zuletzt Spannungsmomente vor Wahlgängen.

Peter Filzmaier, Univ.-Prof. Dr.

Politikwissenschaftler und Professor für Demokratiestudien und Politikforschung sowie Leiter des Departments Politische Kommunikation an der Donau-Universität Krems.

Weiterführende Literatur

SORA – Institute for Social Research and Analysis: WählerInnenstromanalysen, als Datensammlung und Forschungsberichte, 2006, verfügbar unter <http://www.sora.at>.

- 1 Filzmaier, Peter/Hajek, Peter: Das Wahljahr 2004, in: SWS-Rundschau, 45. Jg., Heft 1/2005, S. 6–36, S. 16–19; Filzmaier, Peter/Hajek, Peter: Die Nationalratswahl 2006: Ergebnisse und Wahlverhalten, in: Filzmaier, Peter/Plaikner, Peter/Duffek, Karl A. (Hrsg.): Mediendemokratie Österreich (Edition Politische Kommunikation 1). Wien 2007, S. 13–36, S. 71, S. 79f.
- 2 Für einen guten Überblick bis 2004 siehe u.a. Bauer, Werner T.: Wenn die Wähler weniger werden: Überlegungen zum Problem der sinkenden Wahlbeteiligung. Wien 2004, siehe <http://www.politikberatung.or.at/wwwa/documents/wahlbeteiligung.pdf>, S. 23–26, 23. Juni 2007.
- 3 Filzmaier/Hajek, Das Wahljahr 2004, S. 16–19.
- 4 Filzmaier/Hajek, Nationalratswahl 2006, S. 79f.
- 5 Poier, Klaus: Nichtwählerstudie. Demokratiepolitische Aspekte, Ausmaß und Ursachen des Nichtwählens sowie mögliche Gegenstrategien mit besonderem Schwerpunkt auf Österreich und die Steiermark. Forschungsbericht des Instituts für Öffentliches Recht und Politikwissenschaft der Universität Graz, Juni 2004, S. 94–97.
- 6 Für diese Entwicklung vgl. die WählerInnenstromanalysen von Landtags- und Nationalratswahlen 2002–2006 sowie Wahltagsbefragungen von OGM für den ORF.



ONLINEVERSION

Ergänzende Informationen zu diesem Artikel finden Sie in der Onlineversion der *Informationen zur Politischen Bildung* auf www.politischebildung.com

► Infografik: Wahlbeteiligung in ausgewählten Ländern Europas, 1945–2007

E-VOTING: ERHÖHUNG DER WAHLBETEILIGUNG PER MAUSKLICK?

Infolge der sinkenden Wahlbeteiligung – Stimmenanteile von WahlsiegerInnen sind manchmal geringer als der NichtwählerInnenanteil – sind Internetwahlen (*e-voting*) eine Maßnahme, um formal höhere Wahlbeteiligungsquoten zu erreichen. Das Argument, der bequeme Wahlvorgang im Internet würde eine höhere Beteiligung bewirken, ist nicht eindeutig belegbar, gilt jedoch als wahrscheinlich.

Mit voller Rechtsgültigkeit wurden Internetwahlen auf Parlamentsebene bislang 2005 in Estland durchgeführt. Dort betrug die Beteiligung insgesamt nur 47 Prozent. Lediglich zwei Prozent haben online gewählt. Darunter befanden sich viele BürgerInnen, welche auch sonst im Wahllokal mit traditionellen Stimmzetteln abgestimmt hätten. Auswirkungen auf die Wahlbeteiligung dürfen demnach auch in Österreich, wo *e-voting* politisch angekündigt wurde und entsprechende Planungen laufen, nicht überschätzt werden.

Auf keinen Fall gilt die Hoffnung auf eine erhöhte Wahlbeteiligung für Personengruppen ohne Internetzugang oder mit unzureichender Nutzungskompetenz. Aufgrund des starken Anteils von InternetnutzerInnen bis 30 Jahre könnte sich jedoch die Zusammensetzung der Wählerschaft verjüngen und zugleich könnten für junge Menschen interessante Themen stärker in den politischen Diskurs eingebracht werden. Umgekehrt fühlen sich womöglich ältere Generationen benachteiligt.

Relativ unbestritten sind Effizienzsteigerung und Kostenersparnis langfristige Vorteile von *e-voting*, weil Wahlergebnisse schneller und billiger zu ermitteln sind. Lediglich in einer Übergangsphase ist

zusätzliches Wahlpersonal erforderlich, das Hilfestellung leistet, um BürgerInnen das neue System zu erklären und Angstbarrieren abzubauen.

Gelingt der Abbau von Hemmschwellen, so haben BürgerInnen – vor allem für komplizierte Fragestellungen in Volksabstimmungen/-befragungen – mehr Zeit für ihre Entscheidung, da der psychologische Druck entfällt, subjektiv zu lange in der Wahlzelle zu verweilen. „Wahlfehler“, d.h. ein ungewollt falsches Ausfüllen des Stimmzettels, würden so geringer.

Zu klären ist die Frage der technischen Sicherheit. Einerseits sind durch Irrtum und/oder Manipulation entstandene Probleme mittels Einführung der digitalen Signatur und von → Kryptographie-Verfahren lösbar, andererseits muss das Ergebnis auch nachträglich überprüfbar sein. Für WählerInnen sind zudem technische Diskussionen über die Gefahr der Manipulation usw. oft nicht nachvollziehbar. Die Wahlbeteiligung kann sich daher erhöhen, während die Transparenz des Wahlprozesses als wichtigeres Merkmal der Demokratiequalität leidet.

VerfassungsrechtlerInnen verweisen schließlich auf das Problem, dass das Prinzip der unbeeinflussten und geheimen Stimmabgabe verletzt werden könnte. Unbestritten ist, dass die Einführung von *e-voting* und Lösungsansätze für auftretende Mängel sich nicht ohne parallele Programme der politischen Bildungsarbeit auf den technischen Bereich beschränken dürfen. Für die Politische Bildung bedeutet *e-voting* insofern eine Chance, als in Begleitmaßnahmen über das Internet neue (jüngere) Zielgruppen erschlossen bzw. besser angesprochen werden können.

POLITIKKABINE.AT

Auf www.politikkabine.at werden spielerisch die persönliche Meinung und alle Parteimeinungen zu insgesamt 25 politischen Themenfragen gegenübergestellt.

Das Prinzip der POLITIKKABINE.AT als Projekt des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur und der Donau-Universität Krems ist denkbar einfach. InternetnutzerInnen beantworten mittels Mausclick die Fragen. Anschließend liefert POLITIKKABINE.AT den Grad der Übereinstimmung oder Abweichung mit den offiziellen Parteipositionen. Es wird auf diese Weise Interesse für Themenbezüge in der Politik geweckt. POLITIKKABINE.AT soll zu einer Diskussion über konkrete Politikinhalt anstatt medialer Inszenierungen beitragen. Werden insbesondere SchülerInnen auf Themen neugierig und

beschäftigen sich mit den gestellten Fragen, ist ein Ziel der Politischen Bildung erreicht. Für die sachliche Richtigkeit sorgt ein Redaktionsteam von JournalistInnen und PolitikwissenschaftlerInnen.

POLITIKKABINE.AT wird bis 2010 wahlunabhängig im Internet sein, die Fragen werden halbjährlich aktualisiert und die Plattform laufend erweitert. So sind Rückmeldungen möglich und die Parteien haben Gelegenheit, ihre Antworten zu kommentieren. In Zukunft sind zu allen Fragen kurze Erklärungen geplant. Ergänzend bietet die Seite Hintergrundinformationen zu den österreichischen Parteien und vieles mehr. Begleitend wird eine Evaluationsforschung durchgeführt.

<http://www.politikkabine.at>

Peter Filzmaier